

Können nur Migranten andere Migranten und Frauen andere Frauen gut vertreten? Und trifft ein Parlament bessere Entscheidungen, wenn auch Randgruppen angemessen darin vertreten sind? Forscher und Abgeordnete aus dem Bundes-

tag sagen: ja. Interessant ist aber: Scheinbar kümmern sich Abgeordnete aus Minderheiten vor allem zu Beginn ihrer Karriere besonders um die Belange ihrer Gruppenangehörigen. Warum ist das so?



Karamba Diaby sitzt für die SPD im Bundestag und ist dort der einzige in Afrika geborene, schwarze Abgeordnete.

FOTO: DIABY

Wer vertritt die Minderheiten?

VON KARIN KIEFHABER

KONSTANZ/BERLIN. Der Bundestag muss weiblicher und diverser werden! Diese Forderung gibt es vor jeden Wahlen. Denn die Parlamente in Deutschland spiegeln bei Weitem nicht die Zusammensetzung der Gesellschaft wider. Dazu ein paar Zahlen: Während Frauen zum Beispiel etwas mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausmachen, sind nur rund 30 Prozent der Bundestagsabgeordneten weiblich. Jeder vierte Mensch in Deutschland, also rund 25 Prozent der Bevölkerung, hat einen Migrationshintergrund. Nur rund 10 Prozent der Abgeordneten haben jedoch einen solchen. Dafür sitzen recht viele Menschen mit Dokortiteln (rund 20 Prozent der Abgeordneten) oder mit einem Jura-Abschluss (ebenfalls rund 20 Prozent der Abgeordneten) im hohen Haus. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten lag bei der vergangenen Wahl 2017 bei 49,4 Jahren.

Da stellt sich die Frage: Vertritt eine junge, dunkelhäutige Frau die Interessen ihrer Gruppe besser als ein mittel-alter weißer Mann? Das haben Forscher der Universitäten Konstanz, Basel, Genf und Stuttgart unter der Leitung des Konstanzer Professors für Vergleichende Politikwissenschaft, Christian Breunig, untersucht. Dafür nahmen sie seit 1993 insgesamt rund 40 000 kleine und große Anfragen der Bundestagsabgeordneten, die zu einer unterrepräsentierten Gruppe im Bundestag gehörten, unter die Lupe.

»Man ist glaubwürdig, weil einem die Themen zugeschrieben werden«

Der Vorteil dieser Anfragen: Sie sind von den Abgeordneten selbst unterschrieben und erlauben es den Volksvertretern, ihnen wichtige Themen auf die politische Agenda zu bringen, so die Forscher. »Es gibt nur sehr wenige politische Aktivitäten, bei denen man zwischen den Eigeninteressen eines Abgeordneten und denen seiner Partei unterscheiden kann«, sagt Christian Breunig.

Die Ergebnisse erscheinen auf den ersten Blick ermutigend: Zwar sind die Abgeordneten, die weiblich sind, einen Migrationshintergrund oder ein junges Alter haben zu Beginn ihrer Karriere oft aktiver und stellen vermehrt Anfragen zu den ihrer Gruppe zugeordneten Themen. Im Laufe der Zeit, typischerweise nach

zwei Legislaturperioden, nimmt diese Aktivität aber ab. Stattdessen wenden sie sich vermehrt Themen zu, die etwa mehr Prestige versprechen.

Ko-Autorin Stefanie Bailer von der Universität Basel, hat dafür mehrere Erklärungen: »Jeder Abgeordnete muss sich überlegen, wie er auch ohne parlamentarische Erfahrung, Glaubwürdigkeit vermitteln kann«, sagt sie. Da liege es zum einen nahe, sich Themen zu suchen, die man aufgrund seiner Merkmale gut vertreten kann. »Man ist glaubwürdig, weil einem die Themen zugeschrieben werden«, so Bailer. So sei es beispielsweise Cem Özdemir von den Grünen ergangen. »Er hat berichtet, er sei zu den Grünen gegangen, weil er sich für Umweltthemen interessiert habe. Letztlich sei er dann zu Themen wie Integration und Türkei befragt worden«, sagt Breunig.



Christian Breunig (links) ist Professor an der Universität Konstanz. Stefanie Bailer (rechts) ist Professorin an der Universität in Basel. FOTOS: BREUNIG, BAILER

Mit der Zeit würden die zugeschriebenen Themen verdrängt, oft auch aus Karrieregründen, vermuten die Forscher. Lediglich Frauen setzten sich in ihrer gesamten politischen Karriere stark für Gleichstellungspolitik ein, haben die Politikwissenschaftler beobachtet. Das liege womöglich auch daran, dass Frauen-Themen keine Randthemen mehr seien. »Damit lassen sich gut Wählerstimmen gewinnen, weil es auch 50 Prozent Wählerinnen gibt«, erklärt Bailer.

Ekin Deligöz sieht das etwas anders. Die Abgeordnete aus dem Wahlkreis Neu-Ulm gehörte bei ihrem Einzug in den Bundestag 1998 gleich drei Randgruppen an. Sie war jung, damals 28, ist eine Frau und verfügt über einen Migrationshintergrund. Inzwischen gehört die Grünen-Abgeordnete mit drei Legislaturperioden in Berlin quasi schon zum alten Eisen in der Bundespolitik. Mit dieser Erfahrung müsse sie keine kleinen und großen Anfragen mehr stellen, um Antworten zu den ihr wichtigen Themen zu erhalten, sagt Deligöz. Daher sieht sie die For-

schungsergebnisse der Politikwissenschaftler kritisch.

Die Politikerin sitzt seit 2013 im Haushaltsausschuss des Bundestags. Ein klassisches Karriere-Thema, würden die Forscher der Studie nun sagen. Doch Deligöz sieht das nicht so. »Ich mache keine klassische Migrationspolitik. Ich setze mich aber für Migranten ein, die hier geboren sind. Das ist für mich Sozialpolitik.«

»Bei Reden von Frauen wird es im Bundestag unruhiger«

Die Neu-Ulmerin glaubt nicht, dass sie nur in den Bundestag eingezogen ist, weil sie eine Frau, jung und türkischer Abstammung war. »Man muss die Leute überzeugen, zeigen, dass man für ein Thema brennt«, sagt sie über ihre erste Nominierung für einen Listenplatz zur Wahl in den Bundestag.

Heute ist Deligöz unter anderem Sprecherin der Grünen für Kinder- und Familienpolitik und sitzt als Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dort setze sie sich natürlich für Frauen- und Migrationsthemen ein. Übrigens genauso wie im Haushaltsausschuss. Dort habe sie dem Gesundheitsminister zum Beispiel das Schreiben vorgelesen, das Familien bis vor Kurzem bekamen, wenn ihre Kinder Kontakt zu einem Coronainfizierten hatten. »Da stand drin: »Isolieren Sie ihr Kind vom Rest der Familie. Wenn Sie das nicht tun, behalten wir uns vor, Ihnen das Sorgerecht zu entziehen.« Ich weiter sie gelesen habe, desto stiller sei es geworden. Und am Schluss veranlasste der Gesundheitsminister eine Änderung der Vorgaben. »Das habe ich auch aus der Erfahrung als Mutter von zwei Kindern heraus gemacht«, sagt Deligöz.

Deligöz sieht sich selbst nicht in erster Linie als Angehörige einer Randgruppe. »Ich hab mich nie ausschließlich als Migrantin empfunden. Natürlich spielt das eine Rolle. Die Herkunft prägt einen, aber es spielt nicht die Hauptrolle«, sagt sie. Ähnlich geht es Karamba Diaby. Der SPD-Mann sitzt seit 2013 im Bundestag und ist der einzige in Afrika geborene, schwarze Abgeordnete. Diese Tatsache sei aber nicht der Grund gewesen, warum er in den Bundestag eingezogen sei. Vielmehr sei er aufgrund seines sozialen Engagements und seiner Bekanntheit als Stadtrat von Halle an der Saale für den

Bundestag aufgestellt und gewählt worden. Nach seinem Einzug ins Parlament sei er aber natürlich vor allem von Medien besonders als schwarzer Abgeordneter wahrgenommen worden. »Ich hab dann mal gesagt: Ich bin Bildungspolitiker und nicht der Vorzeige-Migrant«, sagt Diaby.

In Halle (Saale), seinem Wahlkreis, wird Diaby auf der Straße längst nicht mehr angesprochen, weil er schwarz ist, sondern weil man ihn halt kennt – vor allem als SPD-Mann. »Der Karamba, der von der SPD«, sagt er und lacht. Trotzdem hat Diaby natürlich Rassismus-Erfahrungen gemacht. Vor gut einem Jahr wurde auf sein Wahlkreisbüro geschossen. Und einige seiner Erlebnisse brachten ihn auch zur Politik: »Nach der Wende gab es diese Vorfälle auf der Straße, dass Menschen plötzlich wegen ihrer Hautfarbe angegriffen wurden«, sagt er.

Einem seiner Bekannten – ein »Vertragsarbeiter«, der zu DDR-Zeiten als Arbeitskraft vom Staat angeworben wurde – sei mit einem Messer ins Auge gestochen worden. »Wenn man so was mitbekommt, dann muss man etwas tun. Und ich bin eben keiner, der nur sagt, »man«, sondern ich tue selbst etwas«, sagt Karamba Diaby.

Damals begann er, in Schulen zu gehen und mit den Kindern über Rassismus zu sprechen. Und so ist bei ihm das Thema Rassismus verwoben mit einem seiner anderen Schwerpunkt-Themen: Bildung und Forschung. Außerdem gilt er inzwischen aber auch als Experte für die Förderung von Frauen in den Naturwis-

senschaften oder auch als Spezialist für das Kleingartenwesen, wie er gern betont.

Vorurteile begegnen Diaby und Deligöz trotzdem natürlich immer wieder – auf der Straße wie auch im Bundestag. Dort sei es vor allem seit dem Einzug der AfD der Ton und der Umgang mit Kollegen rauer geworden. »Bei Reden von Frauen wird es im Bundestag unruhiger. Da wird öfter hineingerufen oder durch unflätige Geräusche und Bemerkungen gestört«, sagt Deligöz. Auch Diaby berichtet, von Zwischenrufen oder Reden, in denen etwa von »Horden ungebildeter Afrikaner« gewarnt würde.

»Ich bin Geoökologe, Kleingartenfreund und Ostdeutscher«

Dabei sei das doch der falsche Weg, finden Diaby und Deligöz und die Forscher der Randgruppen-Studie. »Studien in Wirtschaftsunternehmen haben ja bereits gezeigt, dass diverse Teams erfolgreicher sind. Das kann auch für die große Politik gelten«, sagt Forscher Christian Breunig. Ein Grund seien die unterschiedlichen Erfahrungen, die in divers besetzten Teams in Entscheidungen einfließen.

Davon können auch Deligöz und Diaby berichten: »Ein mittel-alter, weißer Mann aus Mecklenburg-Vorpommern kennt sich vielleicht besser im Osten aus als ich«, sagt Deligöz. Sie hingegen bringe ihre Sichtweise als Mutter und auch als Frau mit Migrationshintergrund mit. Auch Diaby sagt: »Ich bin Geoökologe, Familienvater, Kleingartenfreund und Ostdeutscher. Diese Erfahrungen spiegeln sich natürlich in meinen Reden im Bundestag.«

Der Bundestag könnte davon profitieren, wenn er diverser würde. Doch ob Quoten der richtige Weg dafür sind, das sind sich Diaby und Deligöz unsicher. »Vor Kurzem wurde ich gefragt, ob ich über eine Quote für Schwarze in den Bundestag gekommen bin. Das war die größte Beleidigung für mich«, sagt Diaby. Eine Quote reduziere die betroffenen Personen auf bestimmte Merkmale. »Ich bin stattdessen dafür, dass für gleiche Ausgangsvoraussetzungen gesorgt wird. Dass es zum Beispiel verstärkt Mentoring-Programme für Frauen in der Politik gibt«, sagt der SPD-Mann. Denn: »Diversität bereichert. – Das war übrigens einer meiner erfolgreichsten Wahlslogans«, meint Diaby und lacht. (GEA)



Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen, gehörte 1998 gleich drei Randgruppen im Bundestag an. FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG/WERNER SCHÜRING